



1989

13. Januar Der Freidenkerverband der DDR wird gegründet.
- 13.-15. Juni Der IX. Pädagogischer Kongreß findet in Berlin im Palast der Republik statt.
5. September Der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Fritz SCHAUMANN und der Staatssekretär im Volksbildungsministerium der DDR Werner LORENZ führen in Bonn Gespräche über bildungspolitische Fragen.
- 9./10. September Gründung der Oppositionsgruppe "Neues Forum".
12. September Gründungsaufruf der Bürgerbewegung "Demokratie jetzt"
19. September Die staatliche Anerkennung als Vereinigung wird dem „Neuen Forum“ versagt. Sie wird als staatsfeindlich bewertet.
2. Oktober Gründung des "Demokratischen Aufbruchs"
7. Oktober Formelle Gründung der SDP in Schwante bei Oranienburg
18. Oktober Das ZK der SED entbindet Erich HONECKER "aus gesundheitlichen Gründen" von seinem Amt als Generalsekretär. Es wählt Egon KRENZ an seine Stelle.
31. Oktober Nach einer Beratung mit den Bezirksschulräten informiert das Ministerium für Volksbildung in einem Pressegespräch über erste Maßnahmen, die sich für die Volksbildung aus dem gesellschaftlichen Umbruch in der DDR ergäben. Dazu gehören Veränderungen im Staatsbürgerkunde- und Geschichtsunterricht.
2. November Der Ministerrat der DDR nimmt das Rücktrittsgesuch der Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, an.
6. November Während eines Pressegesprächs mit dem amtierenden Minister für Volksbildung, Prof. Dr. Günter FUCHS, kündigt dieser u. a. folgende Maßnahmen an:
- Reformierung des Volksbildungswesens
 - Aufhebung der Lehrpläne für den Staatsbürgerkundeunterricht
 - Einstellung des Faches Wehrunterricht
- Der Staatssekretär für Berufsbildung, Bodo WEIDEMANN, erklärt ein neues Bildungsgesetz sei unbedingt erforderlich. Er kündigte an, daß die Fächer Staatsbürgerkunde, Betriebsökonomie und sozialistisches Recht in den berufsbildenden Schulen neu gestaltet würden.
8. November Das "Neue Forum" wird als Vereinigung zugelassen.
9. November Öffnung der Grenze, Fall der Mauer
10. November Das ZK der SED tritt mit einem Aktionsprogramm „Für eine Reform des Bildungswesens“ an die Öffentlichkeit.
11. November Die CDU der DDR gründet eine eigenständige Jugendorganisation (Christlich-Demokratische Jugend – CDJ), die eng mit kirchlichen Jugendgruppen zusammenarbeiten will.
- In einer Reihe von Schulen fällt zum ersten Mal der Unterricht aus organisatorischen Gründen (fehlende Schülerbeförderung, fehlende Schüler) aus.
13. November Hans MODROW wird durch die Volkskammer der DDR zum neuen Vorsitzenden des Ministerrates gewählt und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.
15. November Erstes Sachgespräch zwischen Vertretern der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und des Ministeriums für Volksbildung.
16. November Das Ministerium für Volksbildung gibt die Bildung von Arbeitsgruppen zur Reformierung des Volksbildungswesens bekannt.
18. November Der Rektor der Bergakademie Freiberg Prof. Dr. Hans-Heinz EMONS wird in die



- Regierung MODROW als Minister für Bildung und Jugend (später ab 1. Januar 1990 nur Bildung) berufen. In dem neuen Ministerium sind die ehemaligen Ministerien für Volksbildung und für Hoch- und Fachschulwesen, das Staatssekretariat für Berufsbildung und das Amt für Jugendfragen zusammengefaßt.
22. November Der Minister für Bildung schlägt die Einführung der 5-Tage-Unterrichtswoche ab Beginn des 2. Schulhalbjahres vor.
24. November Gründung der Grünen Partei der DDR
28. November In einem Interview mit der Zeitung „Junge Welt“ spricht sich der Bildungsminister Hans-Heinz EMONS für die Schaffung unabhängiger Schüler- und Studentenvertretungen aus.
1. Dezember Die Volkskammer streicht die "führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" aus der Verfassung der DDR. Damit wird auch formal der Weg für Reformen im Bildungswesen frei.
- . Die GST stellt die vormilitärische Ausbildung für Jugendliche ein
6. Dezember Der Minister für Bildung gibt in einem Interview die sofortige Aussetzung des Sonnabend-Unterrichts bekannt. Die Direktoren der Schulen sollen eigenverantwortlich über die damit im Zusammenhang stehenden Stundenkürzungen entscheiden.
- Der Präsident der Akademie der Wissenschaften (APW) Gerhard NEUNER und die übrigen Leitungsmitglieder erklären ihren Rücktritt.
7. Dezember Auf Initiative des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen und der Berliner Bischofskonferenz werden Vertreter von Parteien und Reformgruppen zu Gesprächen am Runden Tisch nach Berlin (Ost) eingeladen.
13. Dezember In Berlin (Ost) und Stralsund demonstrieren Menschen für die Reform des Schulsystems.
20. Dezember Die ehemalige Ministerin für Volksbildung, Margot HONECKER, bekennt sich vor dem Untersuchungsausschuß zur Überprüfung von Amtsmißbrauch und Korruption zu ihrer persönlichen Verantwortung für Fehler im Bildungswesen.